

Russlands Iran-Dilemma

Saivetz, Carol R.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Saivetz, C. R. (2006). Russlands Iran-Dilemma. *Russland-Analysen*, 112, 2-5. <https://doi.org/10.31205/RA.112.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Russlands Iran-Dilemma

Carol R. Saivetz, Cambridge, MA

Zusammenfassung

Am 22. August 2006 lehnte Teheran ein gemeinsames europäisch-amerikanisches Angebot ab, die Anreicherung von Uran zu beenden, und ließ das Ultimatum des UN-Sicherheitsrates verstreichen. Jetzt ist es an den Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und Deutschland zu entscheiden, ob sie so genannte weiche oder harte Sanktionen gegen den Iran verhängen wollen.

Die russische Iranpolitik befindet sich damit in einem Dilemma. Bis Ende 2005 hatte Russland gehofft, indem es Sanktionen gegen den Iran blockierte, könne es den Vertrag zum Bau des Nuklearreaktors in Buschehr erhalten, gleichzeitig aber den Iran daran hindern, Nuklearwaffen zu entwickeln. In dem Maße, in dem die internationale Besorgnis über das Atomprogramm des Iran zunahm, wurde die Situation schwieriger. Die Brüskierung des Sicherheitsrates durch den Iran wird es Moskau in Zukunft schwerer machen, diese widersprüchliche Politik beizubehalten.

Der Faktor Wirtschaft

Der Iran bedeutet für Russland ein gutes Geschäft; er ist ein großer Markt für russische Waffen, Metalle und Nukleartechnologie. Während der späten Gorbatschow-Ära wurden Waffengeschäfte im Wert von über 1 Mrd. US-Dollar abgeschlossen, wie der Verkauf von MiG-29 und Suchoi-24 Jagdflugzeugen und von U-Booten der Kilo-Klasse. Nachdem er Präsident geworden war, kündigte Wladimir Putin im März 2000 die Gore-Tschernomyrdin-Vereinbarung, die russische Waffenverkäufe an den Iran begrenzte, und im Jahr 2001 wurden Verträge über weitere Waffenverkäufe Russlands an den Iran unterzeichnet, im Umfange zwischen 2 Mrd. und 7 Mrd. US-Dollar. Kürzlich vereinbarte Russland den Verkauf von Schnellbooten, einer Aufrüstung von Jagdflugzeugen aus russischer Produktion und bezeichnenderweise den Verkauf von 30 Tor M-1 Raketen, die als Verteidigungswaffe gegen Flugzeuge und Raketen in niedriger und mittlerer Höhe dienen. Wedomosti zufolge hat alleine das Geschäft mit den Tor M-1 Raketen einen Umfang von ungefähr 900 Mio. US-Dollar.

Der Vertrag aber, der für Russlands finanzielle Interessen im Iran vielleicht den höchsten Symbolwert hat, ist der Vertrag über 1 Mrd. US-Dollar zur Fertigstellung des Atomreaktors in Buschehr. Alexander Rumjanzew, ehemaliger russischer Minister für Atomenergie, hat mehrmals unterstrichen, dass das Projekt nicht nur für Rosatom (die russische Atomenergieagentur, ehemals Minatom) ein lukratives Geschäft ist, sondern auch für viele Privatfirmen. Bei einem Besuch in Teheran im Dezember 2002 behauptete Rumjanzew, dass 1.200 Wissenschaftler und Auftragnehmer aus der ehemaligen Sowjetunion in Buschehr arbeiten, von denen mindestens 60%

Russen sein. Einem Iswestija-Bericht zufolge hat das Buschehr-Projekt mindestens 300 Firmen vor dem finanziellen Ruin gerettet, während die Website gazeta.ru schätzt, dass Russland 500 Mio. US-Dollar jährlich verlieren würde, wenn das Projekt nicht zu Ende geführt wird.

Die politische Dimension

Auf der politischen Seite der Gleichung haben mehrere Faktoren den Iran zu einem zentralen Thema russischer Außenpolitik gemacht. Erstens war Putin bei seinem Amtsantritt entschlossen, Russlands Großmachtstatus wiederherzustellen: Anfangs strebte er danach, „strategische Beziehungen“ zu Indien und China auszubauen, dann versuchte er, sich beim Krieg gegen den Terror mit den USA zu verbinden. Dies brachte aber kaum außenpolitischen Profit: Innerhalb einiger Monate kündigte Präsident Bush den Antiraketenvertrag und unterstützte die zweite Runde der NATO-Erweiterung. Die Grenzen russischen Einflusses wurden noch einmal deutlich gemacht als es Putin nicht gelang, den US-geführten Krieg gegen den Irak zu verhindern, trotz einer Quasi-Allianz mit Deutschland und Frankreich.

Zweitens hat das russische außenpolitische Establishment in den 15 Jahren seit dem Zusammenbruch der UdSSR den Iran als verantwortlichen Partner in Zentralasien gesehen, wo der Iran bei den Verhandlungen, um den Bürgerkrieg in Tadschikistan zu beenden, behilflich war, und wo Russland und Iran zusammen gegen die Taliban standen. Kürzlich ist der Iran von Russland und China eingeladen worden, an den Treffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit als Beobachter teilzunehmen. Im Kaukasus haben sowohl Moskau

als auch Teheran Armenien bei seinem Konflikt mit Aserbaidschan unterstützt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Russland hofft außerdem immer noch, dass es die Zustimmung des Iran für eine Grenzziehung im Kaspischen Meer, die die Gewinnung von Ressourcen regelt, erhalten kann.

In den letzten sechs Monaten sind schließlich weitere politische Erfordernisse hinzugekommen. Ermutigt durch den dramatischen Preisanstieg von Öl und Erdgas und durch die Konsolidierung der Macht während Putins zweiter Amtszeit, fängt Moskau an, seine Rolle im Mittleren Osten insgesamt zurückzuerlangen. Moskau möchte vor dem Hintergrund der anhaltenden Unruhen im Irak um jeden Preis einen zweiten US-geführten Krieg, dieses Mal gegen den Iran, verhindern. Eine militärische Aktion gegen den Iran würde eine bedeutende Niederlage für die russische Außenpolitik darstellen und könnte dramatische Instabilitäten entlang der Grenzen der ehemaligen Sowjetunion herbeiführen.

Russlands diplomatischer Tanz: 2003–2005

Seit Juni 2003 ist der Widerspruch zwischen internationaler Besorgnis über die nuklearen Absichten des Iran und Russlands Entschlossenheit, den Reaktor in Buschehr fertig zu stellen, immer deutlicher offenkundig geworden. Als die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) zum Schluss kam, dass der Iran gegen die Auflagen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen verstieß, kündigte Russland an, dass die Fertigstellung des Reaktors bis 2005 aufgeschoben würde und dass Moskau nur atomaren Brennstoff für Buschehr liefern würde, wenn der Iran einer Rücklieferung aller abgebrannten Brennstäbe nach Russland zustimmen würde. Russlands Erleichterung war augenfällig, aber nur von kurzer Dauer, als der Iran am 18. Dezember 2003 ein Zusatzprotokoll unterzeichnete, in dem er sich verpflichtete, die Anreicherung von Uran auszusetzen und unangekündigte Inspektionen zuzulassen. 2004 gab es neue Enthüllungen über geheime nukleare Aktivitäten; unter starkem europäischen Druck, kündigte der Iran am 14. November 2004 an, dass er weiterhin die Anreicherung von Uran aussetzen würde, im Gegenzug erfolgte eine europäische Erklärung, dass der Iran das Recht auf ein ziviles Nuklearprogramm habe und Zusagen technischer Hilfe. Damit hatte Russland grünes Licht, um im Februar 2005 die bilaterale Vereinbarung zu unterzeichnen, die die Rücklieferung verbrauchter Brennstäbe nach Russland vorsah.

Nichtsdestotrotz wurden die Bauarbeiten in Buschehr wieder von internationalen Sorgen über iranische Absichten eingeholt. Als iranische Beamte am 9. August 2005 in der Gegenwart von Vertretern der IAEO die Siegel in Isfahan entfernten, war die

russische Reaktion zuerst mehrdeutig und darauf ausgerichtet, die Fortsetzung der Arbeiten in Buschehr zu gewährleisten. Nach einer Woche jedoch gab das Außenministerium eine eindeutige Erklärung ab und forderte, dass der Iran Konversionsaktivitäten einstellen und zum Verhandlungstisch zurückkehren sollte. Am 24. September 2005 beschloss die IAEO, mit Stimmenthaltung Russlands, Fragen zu den nuklearen Aktivitäten des Iran an den Sicherheitsrat weiterzuleiten. Nach der Abstimmung bemerkte Rumjanzew:

„Wir haben Verständnis dafür, dass der Iran als Land, das den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat, jedes Recht hat, einen Kernbrennstoffkreislauf in Gang zu setzen. ... Wir empfehlen dies aber nicht. ... Russland wird seine Zusammenarbeit mit dem Iran nicht aufgeben. Wenn das internationale Recht rechtliche Einschränkungen einer solchen Kooperation einführen sollte, werden wir uns an solche Einschränkungen halten. ... Es ist völlig in Ordnung, Geld mit rechtmäßigen Geschäften zu verdienen, und im Augenblick gibt es keinen Grund, unsere Zusammenarbeit [mit dem Iran] einzuschränken“.

Die aktuelle Krise

Sobald die iranische Frage auf der Agenda des Sicherheitsrates war, versuchte Russland sich als Vermittler zwischen dem Iran und dem Westen zu etablieren – ein Schachzug, der Moskaus globalen Status verbessern würde. In den Worten von Alexei Arbatow „möchte Russland globalen Einfluss bekommen, indem es inmitten wachsender Spannungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt als Vermittler auftritt“. Teilweise, um das Projekt in Buschehr zu schützen, machte Russland den Vorschlag für ein joint venture mit dem Iran zur Anreicherung von Uran auf russischem Boden. Die erste iranische Antwort war bestenfalls unklar, und der Iran nahm die Anreicherung von Uran wieder auf, indem er die Siegel von der Anlage in Natanz entfernte, in Anwesenheit von Inspektoren der IAEO. Der russische Außenminister Sergei Lawrow drückte sein „Besorgnis“ über iranische Aktionen aus: Interessanterweise bestätigte er Moskaus schwierige Aufgabe in einem Interview mit dem Radiosender „Echo Moskwy“ implizit und erkannte internationales Misstrauen hinsichtlich der wahren Ziele des Iran ausdrücklich an. Unter anderem bemerkte er, dass die wiederholten gegen Israel gerichteten Erklärungen des iranischen Präsidenten „Öl ins Feuer gießen“ und „denjenigen, die der Meinung sind, dass der Iran nur durch den Sicherheitsrat der UNO angesprochen werden kann, Argumente liefern“.

Als der Gouverneursrat der IAEO entschied, den Iran dem Sicherheitsrat zu melden, kündigte Teheran das Ende der freiwilligen Kooperation mit der

IAEO an und bestätigte am 14. Februar, dass es die Anreicherung von Uran wieder aufgenommen hatte. Am 11. April verkündete der Iran, dass er erfolgreich Uran angereichert hatte und Mitglied des nuklearen Klubs geworden war; darüber hinaus lehnte er formell den russischen Vorschlag ab. Während der Treffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit drängte Russland (wie auch China) den Iran, das westliche Angebot wirtschaftlicher Hilfe anzunehmen und Verhandlungen zu beginnen; russischen Quellen zufolge versprach der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad Putin, dass der Iran rasch reagieren würde. Im Vorfeld der G-8 Treffen gab es enormen Druck auf Russland zu zeigen, dass es mit den anderen führenden Nationen der Welt kooperiert. Am 12. Juli beschlossen die Außenminister der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und Deutschlands, das Nuklearprogramm des Iran an den Sicherheitsrat zu verweisen.

In Anbetracht der Übereinkunft vom 12. Juli und der Erklärung der G-8, dass der Iran mit der internationalen Gemeinschaft arbeiten sollte, um die nukleare Frage zu klären, hätte man denken können, dass Russland sich endlich dem US-amerikanischen und europäischen Druck gebeugt hatte. Innerhalb von wenigen Tagen jedoch schien es, als ob Moskau zurückrudere, als es wiederum angekündigte, dass es Sanktionen ablehnt. Es gab Spekulationen, dass russische Regierungsvertreter einen Rückzieher gemacht hatten, um jede Möglichkeit eines Militärschlages zu verhindern. Die darauf folgende Resolution 1696 des Sicherheitsrates der UNO verlangte, dass der Iran den Forderungen der IAEO, die Anreicherung von Uran einzustellen, nachkommen und strengere Inspektionen implementieren solle, um die versprochene US-amerikanische und europäische Wirtschaftshilfe zu erhalten. Wie erwähnt, reagierte Teheran am 22. August 2006 auf das gemeinsame europäisch-US-amerikanische Angebot wirtschaftlicher Anreize, indem es „ernsthafte Gespräche“ vorschlug, aber ablehnte, die Anreicherung von Uran zu beenden. Das Ultimatum, das durch die Resolution Nr. 1696 des UN-Sicherheitsrates auf den 31. August festgelegt war, ließ der Iran verstreichen.

Am 26. August weihte Präsident Ahmadinedschad einen Schwerwasserreaktor ein und wiederholte, dass der Iran sein Recht auf die Entwicklung nuklearer Technologie nicht aufgeben würde. Am 31. August berichtete die IAEO dem Sicherheitsrat, dass der Iran weiterhin kleine Mengen Uran anreicherte, und, was vielleicht wichtiger war, dass Spuren hoch angereicherten Urans entdeckt worden waren, deren Marker nicht mit den Markern pakistanischen Urans übereinstimmten, das bis dahin gefunden worden war. Nach dem Ablauf des Ultimatums werden die Mitglieder

des Sicherheitsrates jetzt entscheiden müssen, wie weiter verfahren wird und ob jetzt entweder so genannte weiche oder harte Sanktionen gegen den Iran verhängt werden oder nicht.

Diese unklare Lage sorgt dafür, dass sich Russland in einer an sich widersprüchlichen Situation befindet. Auf der einen Hand drücken russische Sprecher ihr Bedauern darüber aus, dass sich der Iran nicht an die Resolution des Sicherheitsrates hielt, während andererseits Außenminister Lawrow ein weiteres Mal Russlands Abneigung gegen Sanktionen wiederholte. Vor allem lehnte er ausdrücklich jeden Regimewechsel in Teheran ab:

„[Es] geht hier nicht um das Schicksal des Iran. Das Schicksal des Iran ist in den Händen des iranischen Volkes. Wir reden hier darüber, dass wir das System einer dauerhaften Nichtverbreitung von Nuklearwaffen absichern wollen, während wir gleichzeitig die Rechte jedes Landes auf die friedliche Entwicklung der Nuklearenergie respektieren, das sich an der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen beteiligt. ... Jetzt diskutieren wir, mit welchen Methoden wir diese Ziele erreichen werden. Wir werden viele Optionen zulassen, aber nur diejenigen, die uns unser Ziel erreichen lassen – welches ich erwähnt habe – aber nicht diejenigen, die uns daran hindern.“

Seitdem hat Russland angedeutet, dass es Sanktionen in Erwägung ziehen könnte, hoffte aber immer noch, dass der Iran eine flexiblere Position einnehmen würde. Vielleicht sollte man die letzten Worte Lawrow und Putin überlassen. In dem Interview vom 11. September für Wremja Nowostej drückte Lawrow die Hoffnung aus, dass internationale Bemühungen zu einem Ergebnis führen würden. Putin bemerkte bei einem Treffen mit ausländischen Journalisten und Wissenschaftlern, dass, da der Iran in seiner Verfassung die Zerstörung anderer Staaten festgeschrieben hat, Russland die Iraner bittet, „einige Alternativen“ in Erwägung zu ziehen.

Eine Wende in der russischen Politik ...?

Der russische Zickzackkurs der letzten Monate könnte darauf hinweisen, dass es für Moskaus Geduld gegenüber dem Iran Grenzen gibt. Bevor die Iranfrage an den Sicherheitsrat verwiesen wurde, konnte Russland seine widersprüchlichen Politikansätze gleichzeitig verfolgen. Irans Streben nach regionalem Supermachtsstatus – einer Supermacht mit Nuklearwaffen – schränkt Moskaus Manöverraum jedoch ein. Selbst wenn Moskau seine Verbindungen zum Iran benutzt, um den US-amerikanischen Unilateralismus zu dämpfen und sich von neuem als bedeutender Akteur im Mittleren Osten zu etablieren, ist ein erstarkter Iran mit nuklearen Waffen auf mehreren Ebenen eine riesige Gefahr für Russland. Als aufstrebende

Regionalmacht könnte der Iran anfangen, seinen Einfluss auf die muslimischen Regionen der ehemaligen Sowjetunion auszuweiten. Eine noch größere Gefahr, die vielleicht durch den Krieg zwischen der Hisbollah und Israel angedeutet wurde, ist, dass ein erstarkter Iran eine Rolle im Mittleren Osten als ganzes sucht. Zu guter Letzt könnte ein Iran mit Atomwaffen einen Präventivschlag seitens der USA auslösen; ein solches

Szenario ist trotz des anhaltenden Konfliktes im Irak anscheinend in Washington diskutiert worden. In Anbetracht von Russlands starken Interessen im Iran – sowohl als lukrativer Markt als auch als Mittel, um Russlands internationales Prestige aufzupolieren – würde jegliche Militäraktion gegen den Iran eine enorme Niederlage für Moskau darstellen.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Über die Autorin:

Carol R. Saivetz ist Research Associate am Davis Centre for Russian and Eurasian Studies an der Harvard Universität, Cambridge, MA, USA.

Lesetipp:

- Robert O. Freedman, „Putin, Iran and the Nuclear Weapons Issue,“ in: Problems of Post-Communism 53.2006, No. 2, S. 39–48.
- T.J. Colton; M. Goldman; C.R. Saivetz; R. Szporluk: Russia in the Year 2004, in: Post-Soviet Affairs, 21.2005, Nr. 1, S. 1-25.
- C.R. Saivetz: Making the Best of a Bad Hand: An Assessment of Current Trends in Russian Foreign Policy, in: Post-Soviet Affairs, 22.2006, Nr. 2, S. 166–188.

Tabellen und Grafiken zum Text

Russen über das iranische Nuklearprogramm: eine amerikanische Umfrage

Wir führen hier die auf den Iran bezogenen Umfragedaten des Pew Global Attitudes Project noch einmal an. Mehr zu diesem Projekt und weitere Erhebungsdaten finden Sie in Russlandanalyse 109 <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen109.pdf>. Russische Umfragen zum Iran aus diesem Jahr gibt es in den Russlandanalysen 93 und 99 (<http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen93.pdf> bzw. <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen99.pdf>).

Quelle: America's Image Slips, But Allies Share U.S. Concerns Over Iran, Hamas. No Global Warming Alarm in the U.S., China
<http://pewglobal.org/reports/pdf/252.pdf> 17. Juni 2006

Warum will der Iran ein Nuklearprogramm haben?

